

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pfg. für die 6 gespaltene Zeitspalte. Der Betrag ist im Voraus zu entrichten.

Nr. 16

Sonntag, den 16. April

1916

## Also doch!

Verheimlichen oder gar vertuschen ließ es sich nicht, wie die Großunternehmer der Zigarrenindustrie ihren Pakt mit der Regierung über die höhere Besteuerung des Tabaks getroffen hatten. Jetzt — da schon viel davon in die Öffentlichkeit gedrungen war — haben die Großen des Deutschen Tabakvereins Farbe bekant in der Hauptversammlung des Vereins vom 28. März. Und sie haben dabei aus ihrem Herzen keine Mördergrube gemacht.

Die dort beschlossene Erklärung zeigt in ihrem Wortlaut, daß ihre Annahme zwar einige Schwierigkeiten gemacht hat. Aber die Opposition hat es nicht gewagt, die Unterhändler mit der Regierung zu deavouieren. Es ist natürlich auch mit dem sanften Druck auf sie eingewirkt worden, wobei auch, wie uns mitgeteilt wurde, die Drohung mit dem Monopol mitgewirkt haben soll. Wozu wir bemerken möchten, daß aber gerade die Großen der Zigarrenindustrie gar keinen Widerstand vor dem Monopol haben. Nur Steuern sie an; eine für die Großindustrie günstige Gestaltung der Umstände bei einer etwaigen späteren Ablösung hin.

Wie der letzte Absatz der Erklärung zeigt, hat auch die Opposition im Deutschen Tabakverein schließlich nur um eine Galgenfrist gebeten, indem sie die Erhöhung des Wertzuschlages so lange hinausgeschoben sehen möchte, bis „eine wesentliche Ermäßigung der Rohstoffpreise und der holländischen Walfata eingetreten ist“, d. h. so ungefähr bis nach dem Kriege. Damit ist ja nun den Parteien, die an der Tabaksteuervorlage im Reichstage ein wenig herumdoktern möchten, die schönste Gelegenheit dazu an die Hand gegeben. Wie schön paßt doch zu diesen Entschuldigungen, Baktierereien und Gelegenheitsmachereien der Burgfrieden.

Die Kleineren, die gar nicht erst nach ihren Wünschen und Beschwerden gefragt werden, haben in dieser Zeit gar nicht die Möglichkeit, ihren Beschwerden eindringlich und ungeschönt Ausdruck zu geben, den Kampf gegen die ihre Existenz drohende Gefahr aufzunehmen. Vielmehr halten die Großen auch aus diesem Grunde den Zeitpunkt für die sofortige Einführung der höheren Besteuerung am geeignetsten.

Merkwürdig, welchen Optimismus sie jetzt in bezug auf der „Beschäftigungsgrad in der Tabakindustrie“ sogar nach Ausbruch des Krieges und des Aufhörens der Kriegslieferungen haben. Bei der letzten Steuererhöhung war das ganz, ganz anders.

Trotzdem die Herren auch damals der Regierung mit dem Angebot von 30 Millionen unter die Arme gegriffen hatten, entfalteten sie denn doch eine lebhafteste Opposition. Damals waren sie mit den Tabakarbeitern der gleichen Ansicht, daß die Steuererhöhung den „Beschäftigungsgrad der Tabakindustrie“ höchst ungünstig beeinflussen und zahlreiche Tabakarbeiter arbeitslos machen werde. Bekanntlich ist das auch in erschreckendem Maße eingetreten, weshalb staatliche Unterstützungen für die arbeitslos gemachten Tabakarbeiter ausgesetzt werden mußten. Der Verbrauch von Tabakfabrikaten resp. Zigarren hatte eben unter der durch die Steuererhöhung erfolgten Verteuerung stark gelitten.

Seute hängt bei denselben Herren Unternehmern der Himmel voller Geigen, „weil durch den gewaltigen Bedarf von Meer und Marine an Tabakfabrikaten trotz der notwendigen sehr starken Preiserhöhungen eine Vollbeschäftigung der Tabakindustrie für die Dauer des Krieges mit Sicherheit anzunehmen ist.“ An die Wirkungen der Verteuerung der Tabakfabrikate auf den privaten Konsum nach dem Kriege lehnen sie sich gegenwärtig gar nicht. Sie erwarten vielmehr, daß „trotz des als Folge der eingetretenen Verteuerung anzunehmenden erheblichen Verbrauchsrückganges der flotten Beschäftigungsgrad in der Tabakindustrie noch für längere Zeit anhalten wird.“

Womit diese Behauptung — die den Behauptungen derselben Herren im Jahre 1909 diametral widerspricht — begründet werden soll, erfahren wir leider nicht. Nur können sie sich dafür auf „die notwendige Wiederzufüllung der stark zusammengebrochenen Fabrikanten- und Händlerlager“, die dann den Arbeitern Beschäftigung geben soll. Wie werden die Arbeiter jetzt schon bangend dieser Zeit entgegensehen, wo die Herren Unternehmer auf Lager arbeiten lassen! Gerade diese Situation bringt für sie Arbeitslosigkeit — wenn auch nur teilweise — und Lohnruß. Und was werden die kleineren Fabrikanten bei diesem Hinweis empfinden, sie, die bei ihren geringen Mitteln gar nicht auf Lager arbeiten lassen können! Wirklich, die Großen haben gar keine Ahnung, wie es den Kleinen und den Arbeitern geht. Sonst könnten sie nicht mit solcher Leichtigkeit über diese Dinge reden.

Die „Süddeutsche Tabakzeitung“ preist nun gar noch die Beschlässe des Süddeutschen Tabakvereins, die „die gerühmte Form der Mehrbelastung der Zigarren-, Rauch-, Kau- und Schnupftabakindustrie für das Reich“ tige betrachten“, als eine Tat des Deutschen Tabakvereins, die sehr lobenswert und „ein geradezu glänzendes Zeugnis für das Ansehen der Geschäftsleitung des Deutschen Tabakvereins“ sei, weil die Einigkeit innerhalb des Tabakvereins damit bekundet werde. Aber sie hegt doch einigen Zweifel, „ob das Schicksal des ganzen Geschäftsentwurfs durch das Ergebnis der stattgefundenen Versammlung wesentlich beeinflusst wird.“ Das bleibe eine offene Frage. Jawohl, die aber in aller nächster Zeit in der Steuerkommission des Reichstags von denjenigen Parteien beantwortet werden wird, welchen die Beschlässe des Tabakvereins die Bewilligung der Vorlage erleichtern.

Nach schließt das Blatt seinen Artikel mit folgenden Hoffnungen:

„Deshalb rechnen die deutschen Tabakgewerbetreibenden mit voller Bestimmtheit darauf, daß im Falle der Annahme des vorliegenden Entwurfs die gesetzgebenden Körperschaften damit stillschweigend die Absicht bekunden, den Tabak bei der späteren definitiven Neuordnung der Reichsfinanzen nicht als eine weitere Steuerquelle zu behandeln, sondern vollkommen ungeschoren zu lassen.“

Von dieser Rechnung wird nur eins in Erfüllung gehen, nämlich die „Annahme des vorliegenden Entwurfs“; die andere, künftig den Tabak „vollkommen ungeschoren zu lassen“ ist ein frommer Wunsch, über den sich niemand mehr ins Fäustchen lachen wird, als die Regierung. Denn unüberblümt ist noch niemals dem Tabakmonopol vorgearbeitet worden, als durch diesen Entwurf und die Verhandlungen der Herren vom Deutschen Tabakverein.

## Interessengruppen der Tabakindustrie zur Steuererhöhung.

Zum zweitenmal erleben wir in der Tabakindustrie das Schauspiel, daß Fabrikanten der Regierung eine Steuererhöhung zugestehen. Im Jahre 1909 war es eine Gruppe von Großfabrikanten unter Führung des Herrn Geheimrats Schmidt-Altenburg, die eine Erhöhung der Lasten um 30 Mill. Mk. als erträglich erklärte, heute sind es der Deutsche Tabakverein und der Westfälische Tabakverein, die eine viel größere Summe als Steuererhöhung für möglich halten. Dazu kommen noch die Zigarrenindustriellen, die ebenfalls eine Belastung zugestanden, die weit über das Ergebnis der bisherigen Vandalensteuer hinausgeht. Allerdings haben die Zigarrenindustriellen ihre Zusage zurückgezogen, als die Regierung, vermutlich auf Vorschlag der Fabrikanten der anderen Branchen, die Sätze des „Kriegszuschlages“ für Zigaretten wesentlich höher setzte, als zunächst in Aussicht genommen war und von ihnen gebilligt wurde. Die Führung in den beiden Tabakvereinen wie auch der Zigarrenindustriellen, die eine höhere Besteuerung für erträglich halten, haben Großfabrikanten. Diese Tatsache gibt auch die Erklärung für das Verhalten dieser Organisationen.

Bis vor dem Jahre 1909 war es sich Arbeiter und Fabrikanten in der Tabakindustrie einig in der Abwehr neuer Lasten. Wenn es jetzt anders geworden ist, so dürfte das an der kapitalistischen Entwicklung, die natürlich auch in der Tabakindustrie Fortschritte gemacht hat, liegen. In der Zigarrenbranche ist diese Entwicklung so offenbar, daß wir nicht viel Worte darüber zu verlieren brauchen, die Technik hat dort Triumphe gefeiert und die Großindustrie derart begünstigt, daß der Anteil der kleinen und kleinsten Unternehmer an der Produktion fast bedeutungslos geworden ist. Hier ist der kleine Unternehmer am allerwenigsten in der Lage, konkurrenzfähig zu bleiben, zumal das mobile Kapital den stärkeren Unternehmen gerne seine „Hilfe“ leiht, eben weil es eine ausgezeichnete Anlage bietet, d. h. ein Geschäft zu machen ist. Aber auch in der Zigarrenbranche hat die Entwicklung zur Großindustrie in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte gemacht. Die technische Veränderung ist hier freilich bedeutungslos, aber die Akkumulation, die Zusammenfassung des Kapitals schreitet auch in der Zigarrenbranche rüstig voran, wenn auch nicht durch die Entwicklung der Technik begünstigt, also nicht so flott wie in der Zigarrenbranche.

Nun unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß sich die Interessen der Großindustriellen von denen der mittleren und kleinen Fabrikanten bis zu einem gewissen Grade scheiden, beide Gruppen beurteilen die Situation, ausgehend von ihren Verhältnissen, wesentlich anders. Die Fabrikanten, abgesehen von den kleinen, die von der Hand in der Munde leben, denken gar nicht daran, bei irgend welcher steuerlichen Belastung bzw. Erhöhung, persönlich Opfer zu bringen, um die Lebenshaltung verschlechtern zu lassen.

Was an Steuern auf den Betrieb oder das Geschäft entfällt wird eben als Unkosten bei der Kalkulation hineinbezogen, wird also nicht persönlich, sondern vom Betrieb bzw. vom Geschäft getragen. Die Fabrikanten würden sich bedanken, infolge steuerlicher Belastung auch nur ein Stück Brot weniger essen zu müssen. Gewiß bringt die erste Zeit die Zeit des Uebergangs einige geschäftliche Unannehmlichkeiten, kalkulatorische Unsicherheiten, für diesen und jeden Betrieb, namentlich wenn er kapitalstark ist, auch einen gewissen Stillstand oder gar Rückgang, doch im allgemeinen lebt sich das Unternehmen nach kapitalistischen Tendenzen in die Belastung bald hinein. Wir haben ja gerade in der Tabakindustrie Erfahrungen auf diesem Gebiete. Weniger glücklich daran ist schon der mittlere Fabrikant, während der kleine oft genug dem Untergange nahe gebracht wird. Ihnen stehen alle die Vorteile der großen Fabrikanten nicht zur Verfügung; sie können nicht aus erster Hand die Rohmaterialien so billig wie nur irgend möglich kaufen; sie können nicht in Zeiten billiger Rohstoffpreise große Vorräte kaufen, sie können nicht durch Barzahlung, oder doch durch schnelle Zahlungen hohe Skontsätze erreichen usw.; andererseits müssen sie ebenso lange kreditieren, wie der Großfabrikant; es mangelt ihnen an Kapital, um die Unkosten höherer Belastung, die vom Rohstoff erhoben werden, bis zum Verkauf der fertigen Ware durchzuschleppen. Ist es da nicht erklärlich, daß der mittlere und kleine Fabrikant zu der Erhöhung der Tabakabgaben eine wesentlich andere Stellung als der Großfabrikant einnimmt? Hinzu kommt noch, daß die Großindustrie auch noch aus dem Zurückgehen, bzw. Stillstand der mittleren und kleinen Betriebe ihren Vorteil ermarken darf. Und dann darf nicht vergessen werden, daß gerade die Großindustrie vor dem Kriege schon gut, aber während des Krieges ungeheuerlich verdient hat.

Die Gegensätze kommen gegenwärtig bei der geplanten Erhöhung der Tabakabgaben deutlich zum Ausdruck, sie haben sich auch innerhalb des Deutschen Tabakvereins gezeigt. Auf der einen Seite die Großfabrikanten, deren Kapitalmacht ihnen die Sicherheit gibt, daß sie weder geschäftlichen noch persönlichen Schaden selbst bei der so überaus starken Belastung, wie sie kommen soll, nehmen und deshalb auch antandlos bewilligen, auf der anderen die mittleren und kleinen Fabrikanten, denen zum Teil schwere geschäftliche Unannehmlichkeiten erwachsen werden. Dabei spielt es keine Rolle, wenn auf der einen Seite auch einmal ein mittlerer und auf der anderen ein großer Fabrikant anzutreffen ist.

Wenn wir aus dem Bericht über die Versammlung des Tabakvereins vom 29. März d. J. in Berlin nach dieser Richtung einen Schluß ziehen sollen, so scheint uns, daß in der ungewöhnlich langen Debatte von sechs Stunden ein Kampf um die Interessen der großen und mittleren Fabrikanten in bezug auf die Wirkung der Steuererhöhung ausgefochten wurde. In dieser Auffassung werden wir noch bestärkt durch die Tatsache, daß eine starke Gruppe der Mitglieder sich zu einer besonderen Eingabe an den Reichstag entschlossen hat, die zwar kein grundsätzliches Aufgeben der Höherbesteuerung der Tabakindustrie, aber doch ein Hinausschieben verlangt. Daß es sich unter den deutschen Zigarrenfabrikanten um zwei Interessengruppen handelt, zeigt auch die Stellungnahme des Mitteldeutschen Fabrikantenvereins, der die Vorschläge bekämpft und eine den mittleren und kleineren Betrieben angelegentlich günstigere Form der Besteuerung verlangt, dessen Eingabe an den Reichstag eine große Zahl von Unterschriften gefunden hat. Außerdem ist noch in anderen Gegenden gegen die vom Deutschen Tabakverein gutgeheißenen Regierungsvorlage von mittleren und kleinen Fabrikanten Stellung genommen worden.

Wir lassen uns nicht einreden, daß die Großfabrikanten der Steuererhöhung im Grundsatz und in der Form, wie in den Sägen zugestimmt oder dieselbe gar vorgezogen hätten, wenn sie der Ueberzeugung gewesen wären, daß sie ihnen Schaden brächte. Den Patriotismus der Herren wollen wir nicht bezweifeln, aber wenn sie eine Schädigung ihrer Betriebe zu fürchten Grund gehabt hätten, so wären sie wohl nicht so bereitwillig der Regierung entgegengekommen und hätten, wie sonst mit den kleinen und mittleren Fabrikanten und den Arbeitern, verjucht, eine Steuererhöhung von der Industrie fernzuhalten.

Die Stellung der Arbeiter zu der geplanten Erhöhung der Tabakabgaben ist dieselbe, wie sie es bei früheren Erhöhungen war, sie lehnen jede Erhöhung ab. Das ist erklärlich. Mit ihnen, wenn auch nicht in regelrechter Verbindung, wie früher, lehnt auch ein Teil der Fabrikanten, und zwar wohl sämtliche Kleineren, wie auch viele mittlere, die geplante Steuer ab. Mehr als wie bei irgend einer anderen Interessengruppe wirkt natürlich die Steuererhöhung ganz direkt auf die Arbeiter; sie büßen tatsächlich an ihrer Lebenshaltung ein; und wenn wir oben sagten,

Die Fabrikanten brauchen, wenn die Vorlage Gesetz wird, kein Stück Brot weniger zu essen, so trifft das aber im wahren Sinne des Wortes bei der Tabakarbeiterchaft zu. Wenn der Fabrikant die Steuer ausgabe in seine Kalkulation einbezieht, so hat der Tabakarbeiter keine Möglichkeit, im Falle der Arbeitslosigkeit oder Verdienstbeschränkung an eine Abwälzung seines Verlustes zu denken, ihm stehen auch keine Reserven aus früheren Jahren zur Verfügung. Gerade bei der Zigarettenbranche wird man sich bemühen, zwar einestheils die Preise der Fabrikate zu erhöhen, andererseits aber auch die Verbilligung der Herstellungskosten durch Verkleinerung der Löhne zu erreichen, wie das auch sonst geschehen ist. Daß dieses auf verschiedenen Wegen bei der Eigentümlichkeit der Herstellungsweise und der Art der Entlohnung möglich ist, haben wir oft genug betont, es weiß übrigens auch jeder Fachmann. Und nach dieser Richtung hin wird sich der mittlere und kleine Fabrikant schließlich noch mehr betätigen wie der Großfabrikant, dem vermöge seiner Kapitalien wie oben dargestellt, günstigere Produktionsmöglichkeiten zur Seite stehen.

So sehen wir also die frühere Einigkeit in der Bekämpfung höherer Tabaksteuern verschwunden, weniger wegen der Auffassung, daß der Krieg und seine Folgen die Industrie zu größeren Opfern verpflichteten, sondern weil die Entlohnung derselben die Interessengebiete verschoben hat. Die Tabakarbeiterchaft war sich dessen klar und hat diese Klarheit besonders seit 1909 gewonnen. Sie ist deshalb auch selbständig in den Kampf eingetreten und wird ihn, so gut sie es vermag, durchführen; sie weiß, daß ihr schwere Zeiten bevorstehen.

### Ein entbehrliches Genussmittel.

„Das ging wie ein Sturmwind! — Noch lang mir der halblaut gegebene Befehl: Sprung auf, marsch marsch! in den Ohren, — es gab ein tolles Vordrängelaufen, — den Zusammenstoß mit dem Feinde, — ein Sichvergessen und — da stand ich in der genommenen Feste, holte einigemal tief Atem und zwang das erregte Herz zur Ruhe. Als ich in die Tasche fuhr, fühlte ich noch zwei Zigaretten, wovon ich eine meinem Kameraden gab, die andere anzündete und mit vollen Rügen den Rauch des geliebten Tobaks einjog. Hat mich je ein solcher Stimmengel wieder zu mir gebracht, dann wars in jenem Augenblick! — Dann erst kam es wieder zum Bewußtsein, daß wir wieder einmal riesiges Schwere gehabt hatten, und es ging weiter. . . .“

So stand es in einem Feldpostbrief, der vor einigen Tagen von der Front, da, wo es jetzt am heißesten zugeht, in die Heimat gelangte, just um dieselbe Zeit, als die Zigarettensteuer im Entwurf bekannt wurde. Und die oft erzwungene Frage, wie weit das Rauchen überhaupt und der Genuß der Zigarette im besonderen als ein „entbehrlicher Genuß“ bezeichnet werden kann, lauchte wieder auf und trat in den Vordergrund des Interesses. Nun braucht man nur solche einen Feldpostbrief von denen dort draußen zu lesen, der die oben erwähnte Stelle enthält, wie sie sich in tausend Verschiedenheiten wiederholt, und man sollte meinen, daß damit ein für allemal die Antwort auf jene Frage gegeben sei. Es geht aber damit wie mit so vielen anderen Dingen, die, vom grünen Tisch aus beurteilt, ein ganz anderes Bild ergeben, als es sich in der krasen, oft brutalen Wirklichkeit darstellt. Denkt man nur zurück an das gleich im Anfang des Krieges streng durchgeführte Alkoholverbot, dem wenige Wochen später das bekannte Telegramm des Kronprinzen folgte, das die Bitte um Amn. für die Truppen enthielt, so sieht man, daß sich auch hier Theorie und Praxis geradezu feindlich gegenüberstehen. Auch in der Tabakfrage geht die graue Theorie, sobald sie in die Wirklichkeit übertragen werden soll, in blauen Rauch auf, und mancher, der es abgelehnt hatte, dem „entbehrlichen Genussmittel“ zu huldigen wird zum begeisterten Anhänger des Nikotins. So viele Kämpfer dort tranken und so zahllose sorgenbeschwerte Nichtkämpfer in der Heimat haben in Augenblicken größter Erschöpfung Velebung und Anregung zu neuen Taten gefunden, nachdem sie ihre Zigarette in Brand gesetzt hatten. Es ist gewiß richtig, daß, wie der Staatssekretär im Reichstag erklärt hat, noch „niemand am Nichtrauchen gestorben ist“, aber es fragt sich doch, ob alle die Strapazen so glatt überwand, wenn nicht geraucht worden wäre, und ob die Zahl der Ermatteten, Erschöpften und Zusammengebrochenen, namentlich dort draußen, wo sich das heiße Ringen abspielt, nicht bedeutend größer gewesen wäre, hätte man nicht zu dem Mittel gegriffen, sich „anzufeuern“. Dazu kommt die Einfachheit der Anwendung, denn in irgend einem Winkel einer Tasche findet sich ein Genussmittelchen immer noch einen Platz. Es wäre doch eine sehr loyale Erscheinung, wenn das Rauchen wirklich so entbehrlich wäre, wie man es hingenommen bekennt, wenn trotzdem fast alle Briefe aus dem Felde die dringende Bitte enthalten, doch wenigstens Tabak an die Front zu senden. Eine so offensichtliche Tatsache kann doch mit Worten nicht einfach aus der Welt geschafft werden.

Wenn man allerdings nur die eine Eigenschaft des Tobaks in Betracht zieht, die Stimmung nach einem reichlich genossenem Essen und bei einer behaglichen Tasse Kaffee zu erheben, so mag man recht haben, daß es sehr gut möglich ist, das Rauchen nach Belieben einzuschränken. Das aber ist ja gerade die Eigentümlichkeit des Tabakgenusses, daß es anregend und beruhigend zugleich wirkt, je nach der Lage, die diesen Genuß erfordert. Wer das geliebte Kraut im Uebermaß zu Hause besitzt und damit schalten und walten kann, wird sich allerdings nur schwer ein Bild davon machen können, wie sehr ein anderer da irgendwo in der Welt inmitten eines toten Schicksals vielleicht zur selben Zeit kammert liegt.

Kann man nun oft die Meinung hören, daß das Rauchen nur ein unerhörter Luxus ist, der sehr gut werden werden könnte, und daß es jedenfalls billiger sei, wenn man der Zigarette den Vorrang gibt. Es wird hierbei darauf verwiesen, daß während der Zigarettenraucher seine Tabaka verzehrt, zwei oder gar drei Zigaretten verbräutet werden. Wenn beides ist das jedoch nicht der Fall. Denn

nie oder doch nur selten werden mehrere Zigaretten hintereinander angezündet. Das Rauchbedürfnis ist auf längere Zeit befriedigt, wenn eine Zigarette ihrem Schicksale verfallen ist, und es dauert dann meist ebenso lange bis zu einer neuen Auflage gegriffen wird, wie bei dem Zigarettenraucher. Insofern kann das Zigarettenrauchen sogar blödsinniger wirken. Jedenfalls läßt es eine bessere Einstellung zu und von einem Fortwachsen größerer Rente, wie man es sehr häufig bei der Zigarette beobachten kann, ist bei der Zigarette keine Rede. Das ist auch ein wesentlicher Grund für die außerordentlich große und rasche Verbreitung des Zigarettenrauchens. Ist die Zeit nur knapp, die zum Rauchen zur Verfügung steht, zwischen zwei Dienstleistungen usw., wird das kleine, weiße Ding bald in Brand gesetzt und verschwindet rasch, ohne daß es nötig ist, den kalten Stummel zu verwahren und noch einmal zu benutzen. Unschöne und gesundheitliche Momente sind hier nicht außer Acht zu lassen. Weß sie in der Einstellung vorteilhafter ist, wird die Zigarette zum Rauchmittel des kleinen Mannes, denn er hat viermal den Genuß, unerschöpflich und ungeschmäckt, während er ihn bei der Zigarette nur einmal zu kosten bekommt.

Tritt aber die Zigarettensteuer in Kraft und werden, wie es jetzt der Entwurf vorseht, insbesondere die billigen Zigaretten so hoch belastet, daß z. B. die bisherige Pfennig-Zigarette vollständig verschwindet, die Zwei-Pfennig-Zigarette aber kaum oder doch in recht fragwürdiger Güte zu haben sein wird, so wird dem kleinen Mann das Rauchmittel ganz entzogen. Die Vermissten der Armen müßten dann auf einen Genuß verzichten, den sie durch Hergabe von 10-12 Pfennigen bisher erlangen konnten, damit das Reich zu einem Teil seines Geldes kommt. Ob man das sozial nennen kann?

### Zur Verammlung des Deutschen Tabakvereins.

Zur Verammlung des Deutschen Tabakvereins. Daß es in der Verammlung des Deutschen Tabakvereins, die am 29. März in Berlin stattfand, nicht so ruhig zuging, und daß sich bedeutsame Widersprüche zeigten, ist nicht nur aus der von den Herren Sommerguth und Neumann gezeichneten Eingabe an den Reichstag, die wir in voriger Nummer des Tabak-Arbeiter neben dem Verammlungsbericht abdruckten, zu ersehen, es geht auch aus nachstehender Erklärung, die an die Fachpresse zur Veröffentlichung gerichtet wurde, hervor:

Als Beachtung und Ergänzung zu dem offiziellen Bericht der Geschäftsleitung des Deutschen Tabakvereins über die Stellungnahme der am 29. März in Berlin stattgefundenen Hauptversammlung zum Gesetzentwurf über die Erhöhung der Tabakabgaben bitten wir Unterzeichnete folgende Erklärung in Ihrer Zeitung veröffentlicht zu wollen.

Wir bemerken hier, daß eine sichtbare Erregung welche Kreise der Befugter dieser Verammlung über die subjektive Art dieser offiziellen Berichterstattung ergriffen hat. Die Behauptung, daß der Syndikus Herr Schloßmacher vor der Verammlung widerspruchsfrei gestanden hätte, in wie umfassender Weise dieselbe allen beteiligten Kreisen Gelegenheit zur Mitwirkung an dem Reichstagsantrag eingerichteten Eingaben gegeben worden sei, entspricht nicht der Tatsache. Unterzeichnete Arthur Deter hat bald nach der Ansprache des Herrn Schloßmacher in ausführlicher Weise unter Zustimmung des größten Teiles der Anwesenden dem Redaktor darüber Ausdruck gegeben, daß die Hauptversammlung des Deutschen Tabakvereins vor Einreichung der betreffenden Eingaben überhaupt nicht, entsprechend den bisherigen Gepflogenheiten des Vereins, um ihre Meinung befragt worden ist, wodurch eine Gefährdung der für die Interessen der gesamten deutschen Tabakindustrie unbedingt notwendigen Einheitsfront des Vereins entstanden sei. Auch verschiedene andere Redner haben sich dieser Ansicht angeschlossen.

Feiner entspricht es nicht der Tatsache, daß der Antrag Krangel-Eisenach bezüglich Fakturenwertsteuer von der ganzen Verammlung gegen einige wenige Stimmen verworfen worden wäre. Der betreffende Antrag ist von Herrn Prange selbst am Schluß seiner Ansprache im Interesse des vom Verein offiziell vertretenen Tabakvereins eingereichten Antrages zurückgezogen worden, so daß er überhaupt nicht zur Abstimmung gelangte.

Die Anträge des Vereins scheidender Zigarettenfabrikanten und einer größeren sächsischen Gruppe, welche die Zurückstellung der ganzen Tabaksteuerfrage bis nach Beendigung des Krieges verlangten, wurden am Schluß im Interesse des Antrages Sommerguth (in Firma Voerster & Wolff, Berlin), wonach der höhere Wertzuschlag für Rohtabak erst nach dem Kriege bei Wiederkehr normaler Verhältnisse in Kraft treten solle, von den Anwesenden zurückgezogen. Anschließendes für diesen Berglebe war für die letztstehenden Antragsteller einmal das taktische Moment, eine Spaltung innerhalb des Deutschen Tabakvereins in dieser ersten Zeit zu vermeiden, nachdem der Vorschlag durch den letzten Redner erklärt hatte, bei Annahme des Antrages der Ortsvereine sein Amt niederlegen zu müssen. Das andere Mal entging die sachliche Erwägung dahingehend, daß durch den Antrag Sommerguth wenigstens die jetzt so schwerwiegende Erhöhung des Wertzuschlages bis nach dem Kriege hinausgeschoben wird.

Auf diese Weise ist die von der offiziellen Berichterstattung festgelegene Erklärung einseitig zum Beschluß erhoben worden. Die Anhänger dieser Annahme würde volle Bewegungsfreiheit in der Vertretung ihrer Beziehungen ausdrücklich zuerkannt. Es ist die weiteren Verhandlungen über das Tabaksteuergesetz die Unschlüssigkeit der Annahme des Sommerguthschen Antrages ergeben, dann behalten wir uns selbstverständlich vor, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß die gesamte Steuerfrage entsprechend den in der Hauptversammlung zurückgezogenen Anträgen bis nach Beendigung des Krieges zurückgestellt wird.

Zu letzter öffentlichen Beachtung und Ergänzung fassen wir uns über andere Beweggründe verpflichtet durch die Rücksichtnahme auf die außerordentlich große Zahl der Freunde, welche in vielen Ländern aus allen Teilen Deutschlands ihre Zustimmung den Antragstellern der beiden zurückgezogenen Anträge erteilt haben. Nicht bloß große Bezirksverbände in Preußen, Sachsen, Bayern und der österreichische Teil der sächsischen Grenzgebiete, sowie eine außerordentlich große Zahl von Fabrikanten aus allen Teilen Deutschlands wie Mecklenburg, Ostpreußen, Sachsen usw., haben den bisher vom Verein vertretenen Hauptvereinsmitgliedern einvernehmlichen Standpunkt gezeigt.

Das Schicksal bemerken wir, daß wir dem Vorstande des Deutschen Tabakvereins die Verantwortung für die Folgen anerkennen müssen, welche durch die offizielle irrige Darstellung der sachlichen Verhältnisse im Reichstag herbeigeführt wurden.

Die Unterzeichneten sind: Franz Bögen, i. Sa. Karl Bögen, Saksen am Rhein. Arthur Deter, i. Sa. Arthur Deter, Berlin. H. Kappenberg, i. Sa. Kappenberg u. Lindner, Karlsruhe i. B. Th. Prange, i. Sa. Th. Prange, Eisenach. S. Borg, i. Sa. Borg u. Schloß, Saksen.

### Eingabe an den Reichstag.

Der Verein selbständiger Tabakarbeiter für Bremen und Umgebung beschloß, folgende Eingabe an den Reichstag zu richten: Bremen, den 5. April 1916.

An den Deutschen Reichstag!  
Die Unterzeichneten ersuchen um Ablehnung der Tabaksteuer-Vorlage.

Jede Maßregelung des Reichs-Steuerrats hat zur Folge gehabt, daß ein Rückgang im Verbrauch von Tabakwaren eintrat, und damit verließen viele Tabakarbeiter aus der Arbeit entlassen wurden. Im Jahre 1909 waren es sogar 20 000 Arbeiter, welche keine Beschäftigung in ihrem alten Beruf mehr fanden, nachdem die Wertsteuer eingeführt war. Ein großer Teil der arbeitslosen Tabakarbeiter sieht sich gezwungen, weil entweder zu alt geworden, oder körperlich unfähig, einen anderen Beruf zu ergreifen, oft sich selbst zu arbeiten, d. h. mit ganz geringen Mitteln, die oft nicht hinreichen, um ein Tabak-Postpaket von einigen Pfunden im Gewicht anzuschaffen zu können, den Bergsteigekampfstamp um die Erziehung aufzunehmen. Die Zahl dieser von der Hand in den Mund lebenden Existenzen wird stetig erhöht durch den Fortzug der größeren Familien nach entlegeneren Distrikten, wo diese billigeren Arbeitskräfte zu finden verbleiben. Die alteingesessenen Arbeiter können den fortziehenden Familien aus familiären, bürgerlichen und sonstigen Beziehungen heraus nicht folgen, während durch die Eigenart der Zigarettenfabrikation es den Wohnunternehmern leicht fällt, ihr Domizil für eine Zigarettenfabrik zu vermindern, und die Heimarbeit erforderlich keine Fabrikräume.

Ferner werden sehr viele Gelegenheitskräfte, vor allem solche, die zu einem Beruf geformt sind, den sie üben ausüben können, das Zigarettenrauchen erlernen, um dann selbständig zu arbeiten. Die neue Tabaksteuerung wird dazu beitragen, die Zahl der selbständigen Tabakarbeiter zu vermehren. Hinzu kommt, daß das Abgabengebiet der kleinen Geschäftskreise durch die Großfabrikation stark beschnitten ist und viele Verbraucher sich vom Steueramt einen Arbeitslohn holen, um dann ihren Privatbedarf an Zigaretten durch die Arbeit von in öffentlichen Anstalten Untergebrachten zu decken. So wird von allen Seiten der Kleinverdienende bedrängt, während die Großindustrie in aller Ruhe und Ausbreitendheit der neuen Tabaksteuer-Erhöhung ihre Zustimmung geben kann, denn sie profitiert durch den Preis außerordentlich und wird auch später auf Jahre hinaus ihren Bedarf an Rohmaterial gedeckt. Fast aller in den Freilagen aufgeschickter Tabak ist Eigentum der Großfabrikation. Als durch den Krieg die hohen Tabakpreise eintraten, mußte die Kleinindustrie sofort die geforderten höheren Preise bezahlen, die Großindustrie hatte und hat zum Teil noch jetzt Tabak zu den alten Preisen zur Verfügung.

Heute ist der Preis des für die gewöhnlichen Zigaretten zur Verwendung kommenden Tobaks fast um das Dreifache gestiegen. Wo will das hinaus, wenn der Tabak aufs neue bluten muß? Wir, die alten Tabakarbeiter, die wir unsere Zigarettenfabrikation groß gemacht und zu Ansehen verhothen haben, gehen zu Grunde, wenn nicht der Reichstag anders beschließt.

Schließlich wollen wir nicht unterwähnt lassen, daß nach dem Grundgesetz der Schäden macht, muß Schäden besetzen, auch die Gesetzgebung sich verpflichtet, diese hinreichend zu entschädigen. Nachachtungsbill!

Der Verein selbständiger Tabakarbeiter für Bremen u. Umg.  
J. A. W. Dellmann.

### Rundgebungen der Tabakarbeiter.

Im Gau Frankfurt a. M. nahmen die Tabakarbeiter in folgenden Orten Stellung zur Steuererhöhung: Frankfurt a. M., Karstadt, Würzburg, Gießen, Gr. Linden, Garbenteich, Klein-Kroyenburg, Wiesbaden, Froshäuser, Mainz, Leichgestern, Gausen, Krosdorf, Döllar, Trohe, Lieber, Krumbach, Rödgen, Altenbusch, Gr. Busch, Reiskirchen. Fast alle Verammlungen waren gut besucht und wurden überall Resolutionen, die sich ganz entschieden gegen jede weitere Tabaksteuererhöhung aussprachen, einstimmig angenommen. Die für Wiesbaden, Gleiberg, Braunbach, Heuchelheim und Wiskomar geplanten Verammlungen wurden vom Generalkommando für den Monat März verboten.

In Eöln sprach am 6. April Kollege Schlichter, die Rehmer-Resolution wurde angenommen. In Duisburg, wo am 7. April ebenfalls Kollege Schlichter referierte, waren die Bau- und Rauchtabakarbeiter stark vertreten, darunter auch die organisierten Textilarbeiter, die vordem in Elberfelder Webereien beschäftigt waren und jetzt in den Tabakfabriken arbeiten. Auch hier wurde die Rehmer-Resolution angenommen.

In Nordhausen fand am 7. April eine Verammlung statt. Tiedermann-Bremen referierte. Die Verammlung nahm zum Protest gegen die Steuererhöhung die in voriger Nummer des Tabak-Arbeiter abgedruckte Resolution der Hannoverischen Verammlung an.

Die Verammlung in Holschhausen (Byrmont), am 9. April, war von fast sämtlichen dort noch vorhandenen männlichen Tabakarbeitern besucht. Nach einem Referat Schlichters einigte man sich auf die Rehmer-Protirestresolution.

Eine Verammlung in Spenge am 9. April schloß sich nach einem Referat von Tiedermann-Bremen der Rundgebung der Hamburg-Altonaer Tabakarbeiterchaft an.

Die für den 8. April in Emmerich geplante Verammlung konnte nicht stattfinden, da wegen Belegung mit Militär kein Lokal zu haben war. In Goch und Gelters sprach die Kollegen Cammann vom christlichen und Nienborf von unserem Verband. Folgende Rundgebung fand einstimmige Annahme:

Die heute, den 5. April, in Goch, hzw. Gelters, versammelten Tabakarbeiter richten an den Reichstag das Ersuchen, den Gesetzentwurf zur Erhöhung der Tabakabgaben abzulehnen. Die versammelten Tabakarbeiter von Goch, hzw. Gelters, bestritten vor der Annahme der Vorlage eine erhebliche Schädigung ihrer wirtschaftlichen Lage: sie erwarten nach der Erhöhung von 1909 Arbeitslosigkeit und Verdienstsenkung. Dieses zu ertragen angeht die geringen Verdienste und der Teuerung. Dies ist nicht möglich ohne erheblichen Rückgang der Lebenshaltung. Mit Rücksicht auf die bereits bestehende hohe Belastung der Tabakindustrie sollte der Reichstag der Regierung begünstig machen, daß diese Industrie von weiteren Steuern verschont bleibt!

Im Falle einer Steuererhöhung möge der Reichstag unter allen Umständen die Unterstutzung der geschädigten Tabakarbeiter beschließen, andererseits auch Maßnahmen zum Schutze der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Tabakarbeiter treffen.

### Änderung des Altersrentengesetzes.

Endlich hat die Regierung den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Altersrente und die Waisenrente in

der Invalidenversicherung an den Reichstag gebracht. Im Entwurf hat der § 1257 der Reichsversicherungsordnung folgenden Wortlaut:

„Altersrente erhält der Versicherte vom vollendeten 65. und bis zum 70. Lebensjahre an, auch wenn er noch nicht invalide ist.“

Damit die Rente nicht denen verweigert werden kann, die nicht die nötige Anzahl Marken auf die Versicherungskarten gestellt haben, wie es bisher mehrfach geschehen ist, soll der Artikel 65, Absatz 1, des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung folgende Fassung erhalten:

„Den Versicherten, die beim Inkrafttreten der Versicherungspflicht für ihren Berufsweig das fünfundsiebzigste Lebensjahr vollendet haben, werden auf die Wartezeit für die Altersrente für jedes volle Jahr, um das sie an diesem Tage älter als fünfundsiebzig Jahre waren, vierzig Wochen und für den überschüssenden Teil eines solchen Jahres die darauf entfallenden Wochen bis zu vierzig angerechnet.“

Außerdem bringt der Entwurf, wie es in den Motiven heißt, eine kleine Verbesserung der Waisenbezüge, die zwar zurzeit noch von untergeordneter Bedeutung, nach längerer Versicherungsdauer für die Verjüngung einer größeren Zahl von Waisen aber von wirtschaftlichem Wert sind. Damit ist bezüglich der Waisenrente die Geringfügigkeit der Ausbesserung zugestanden, die nicht entfernt dem entspricht, was seinerzeit von sozialdemokratischer Seite im Reichstag beantragt worden ist.

Die Begründung für die Herabsetzung der Altersrente interessiert uns insofern, als sie die früher von der Regierung aufgestellte Behauptung, diese Herabsetzung verursache große finanzielle Aufwendungen, vollständig über den Haufen wirft und den von unserem Kollegen Moltenbaur im Reichstage gemachten rechnerischen Aufstellungen recht gibt. Es heißt da nämlich in den Motiven:

„Die Höhe der finanziellen Mehrbelastung des Reichs und der Versicherungsträger ist nach neueren Untersuchungen überschätzt worden. Die Mehrbelastung des Reichs aus einer Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente auf das 65. Lebensjahr kann man auf rund fünf Millionen Mark jährlich veranschlagen.“

Der Gesetzentwurf wird jedenfalls im Reichstag eine schnelle Erledigung finden und dann vom 1. Januar 1916 in Kraft treten. Eine elementare Forderung, die seit Einführung der Altersrente von der sozialdemokratischen Vertretung der Arbeiter gestellt wurde, wird damit endlich nach einem Vierteljahrhundert erfüllt, unter Aufwendung einer so geringen Summe, daß es nur erstaunlich ist, weshalb man nicht schon längst diese Forderung erfüllt hat.

Und wenn man einmal dazu kommen wird, die Renten für die gesamte Arbeiterversicherung zu erhöhen, dann wird sich gleichfalls herausstellen, daß der Hauptvorwand gegen diese Forderung, daß nämlich ihre Erfüllung große Summen erfordern würde, ebenfalls hinfällig ist. Bekanntlich hat sogar die zweite Kammer des Reichstages darüber beschlossen, es solle die Regierung im Bundesrat darauf hinwirken, daß eine Erhöhung der Alters-, Witwen-, und Waisenrente eintrete. Aber die Arbeiter werden für diese Forderung wohl erst recht noch sehr energisch eintreten müssen. Und doch ist sie nicht schwerer erfüllbar, wie die jetzt anerkannte auf Herabsetzung der Altersgrenze.

### Bewilligte Lohn- und Teuerungszulagen in der Tabakindustrie.

**Altona.** Die Firma Fr. Bagmeier erhöhte eine Sorte um 1 M., die anderen Sorten um 50 S pro Mille. Der Mindestlohn beträgt 13 M.

**Langwedel.** Die Firma Bradsied u. Brügge-mann erhöhte die fünfprozentige Teuerungszulage der Sortierer, die in Altona arbeiten, auf 10 Prozent. Alle übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen, außer den Lehrlingen, erhalten 5 Prozent.

**Begeled.** Die Firma D. D. Spille erhöhte die Teuerungszulage von 10 auf 15 Prozent.

**Kellinghusen.** Die Firmen Hans Köhnde, Charles Piper und Willy Kempfert, welche im Vorjahre alle Sorten um 1 M. erhöhten, bewilligten jetzt wiederum 1 M. pro Mille.

**Münden.** Die Firma Fuhrmann u. Co. bewilligte eine Teuerungszulage von 10 Prozent.

**Oberode.** Auch hier bewilligte die Firma Fuhrmann u. Co. eine Teuerungszulage von 10 Prozent.

**Lohnsdorf.** Die Firma A. Mueller bewilligte zehn Prozent Lohnzulage.

**Heilskirchen.** Die Firma G. G. Schirmer bewilligte eine Lohnzulage von 10 Prozent.

**Gr. Busfeld.** Die Firma C. Klingpor hat 10 Prozent Lohnzulage bewilligt.

**Altenbusch.** Die Firma C. Emelius bewilligte 10 Prozent Lohnzulage.

**Schotten.** Die Firma Alf. Weber hat bewilligt für Koller 50 S bis 1,50 M pro Mille und für Widelmacher 20 bis 30 S pro Mille. Die Firma C. Klingpor bewilligte 10 Prozent Lohnzulage.

**Dahme.** Die Firma Karl Dedenz erhöhte die Löhne um 50 S bis 1 M pro Mille. Mit der Firma Wilh. Rohland (Inh. Jul. Kunsche) wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen. Der Minimallohn wurde auf 9 M pro Mille, bei freier Zurichtung, festgesetzt. Ebenso zahlte die Firma Franz Hermann 9 M Minimallohn.

**Zauer.** Die Firma Paul Willner gewährte eine Teuerungszulage von 40 und 60 S pro Mille.

**Breslau.** Die Firmen Max Pittner, C. Ruff und Wolflein u. Gleisberg erhöhten die Teuerungszulagen von 5 auf 10 Prozent. Letztere Firma bewilligte außerdem eine Lohnzulage von 50 S pro Mille.

### Zur Regelung der Heimerbeit.

Die Generalkommission hat in Gemeinschaft mit unterstehenden Gewerkschaftsvereinigungen und sozialpolitischen Organisationen (datiert März 1915) eine Position an den Bundesarbeiterkongress, deren Wortlaut wir hier wiedergeben:

Die unterzeichneten Organisationen erlauben sich, erneut an einen hohen Bundesrat mit der dringenden Bitte heranzutreten, die zur Durchführung der §§ 3 und 4 und 19 ff. des Hausarbeitgesetzes notwendigen Ausführungsbestimmungen baldmöglichst zu erlassen und die Ausführungsbestimmungen vom 18. Juni 1914 dahin abzuändern, daß die einseitigen Bestimmungen über die Zulassung nicht dem Gewerbe angehöriger Personen als Vertreter der Hausarbeiter bei den Fachauschüssen aufgehoben werden.

**Begründung.** Die Entwicklung der Verhältnisse in der Heimerbeit seit Kriegsbeginn weist mit zwingender Notwendigkeit darauf hin, daß die schon immer bezeichneten Nachteile sich sowohl ihrem Umfange als auch ihrem Wesen nach verschärfen werden.

Das Angebot an Arbeitskräften hat sich ganz außerordentlich vermehrt. Zahlreiche Kriegerväter und andere durch den Krieg indirekt Geschädigte haben sich neu der Heimerbeit zugewandt und fanden in ihr wenigstens zeitweise durch die großen Deereslieferungen einen verhältnismäßig lohnenden Erwerb. Es ist anzunehmen, daß viele von diesen Frauen auch nach dem Kriege die Heimerbeit nicht aufgeben werden, ja, daß das Meer der Arbeitswilligen sich noch durch zahlreiche Kriegerväter vermehren wird. In wie starkem Maße diese sich der Heimerbeit zuwenden, ergibt eine Feststellung der Rentale für private Fürsorge in Berlin, nach der ein Drittel aller in Fürsorge gerömener Kriegerväter Heimerbeit annahm. Man wird nicht zu hoch greifen, wenn man annimmt, daß im Reichsbereich rund ein Drittel aller Kriegerväter, wenn auch nicht sofort, so doch zu irgend einer Zeit einmal auf dem Heimerbeitsmarkt erscheinen wird. Das ergibt Differenz die angesichts der 250 000 Heimerbeiterinnen, die in der letzten Berufszählung von 1907 festgestellt sind, sehr stark ins Gewicht fallen und eine um so schwerere Gefahr bedeuten, als es sich immer um Frauen handelt, die eine Rente beziehen und daher bereit und imstande sind, zu arbeiten, die das Existenzminimum nicht bedecken. Auch werden sich unter ihnen viele verheiratete Heimerbeiterinnen finden, die von der Organisation nicht zu fassen sind und daher in besonderem Maße als Lohnrüdererinnen zu fürchten sind. Hinzu kommen zahlreiche Kriegswitwen und ihre Frauen, die bis dahin nicht zum Wirtschleben gezwungen waren.

Der erfahrungsgemäß das Angebot an Heimerbeitskräften in dem Maße wächst, wie der Beschäftigungsgrad und der Reallohn der Männer sinkt, ist in den nach dem Kriege wohl zu erwartenden Zeiten schwerer allgemeiner Depression ein weiteres Zustücken auch aus Bevölkerungsschichten zu erwarten, die bis dahin der Heimerbeit fernblieben.

Diesem gewaltig steigenden Angebot wird, wenn auch nicht sofort nach dem Friedensschluß, eine stark Verringerung der Aufträge von Herr und Metz gegenüberstehen. Schon jetzt macht sich das starke Flaunen dieser Aufträge sehr bemerkbar. Ob und in welchem Umfange es möglich sein wird, die alten Absatzmärkte im Auslande wieder zu erobern, muß dahingestellt bleiben; zudem liegt eine ungefähre Gestaltung des Absatzes besonders der Luxusindustrien im Inlande ebenfalls im Bereich der Möglichkeiten.

Der Inkraftsetzung des § 4 HArG. stehen, da Einwände aus Unternehmenskreisen kaum erhoben werden, keine Schwierigkeiten im Wege und auch zu § 3 sollten, nachdem jahrelange Verhandlungen abgeschlossen sind und ein weiteres Material nicht beibracht werden kann, endlich die Ausführungsbestimmungen erlassen werden. Daß die Durchführung der in den §§ 3 und 4 enthaltenen Bestimmungen eine wesentliche Hilfe für die Sicherung des Lohnfußes bedeutet, ergibt sich schon daraus, daß die neuere Vertragsabänderungen mit dem Deereslieferanten entsprechende Anweisungen enthalten.

Vor allem aber erheben die Unterzeichnenden wieder die dringliche Bitte, der Bundesrat möge die Beschaffung von Facharbeitskräften mit möglichst bestmöglicher Beschleunigung in die Wege leiten und damit nicht bis zum Friedensschluß warten. Wenn es auf dem Wege über die Fachauschüsse nicht, das Hausgewerbe tariflich zu regeln, so wird die zu befürchtende Depression sich in viel milderen und geordneteren Formen vollziehen. Was ein gut ausgebautes Tarifwesen zu leisten vermag, haben die ersten Kriegsmonate zur Genüge bewiesen.

Der Einwand, es würden sich jetzt nicht die geeigneten Personen für die Beschaffung der Facharbeitskräfte finden, läßt sich mit dem Hinweis darauf entkräften, daß es nie Schwierigkeiten mit der Schaffung der Schlichtungskommissionen, die ihrer Struktur nach etwas Ähnliches wie die Fachauschüsse darstellen, gegeben hat.

Die praktischen Erfahrungen in den Schlichtungskommissionen haben auch zur Genüge erwiesen, wie unentbehrlich die Mitarbeit der Arbeitersekretäre ist, die die beste Übersicht über das ganze Gewerbe haben, im parlamentarischen Verhandeln geschult und diszipliniert sind und die nötige wirtschaftliche Unabhängigkeit besitzen, die notwendig ist, um aus der zahlreichsten Parität in der Zusammenlegung der Fachauschüsse eine tatsächliche Parität zu machen. Ein Ausdich, in dem die eine Hälfte der Mitglieder von der anderen Hälfte wirtschaftlich abhängig ist, heißt nicht das Gleichgewicht der Kräfte, das für die Erfüllung der ihm gestellten Aufgaben unentbehrliche Voraussetzung ist.

Wir bitten dringend, unserer wiederholten Bitte um Durchführung des Hausarbeitgesetzes und Aufhebung der die Zulassung der Arbeitersekretäre beschränkenden Bestimmungen der Ausführungsbestimmungen vom 18. Juni 1914 zu entsprechen und damit einer notwendigen Regelung und geordneten Entwicklung die Bahn frei zu machen. Ein kräftiges Eingreifen zum Schutze der Heimerbeiter entspricht dem oft genug geäußerten Willen unseres Volkes.

- Bureau für Sozialpolitik, Prof. Dr. Francke.
- Auskunftstelle für Heimerbeiterreform, Dr. Käthe Gabel.
- Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
- Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften.
- Verband der Deutschen Gewerksvereine (D. D.).
- Nationale Berufsvereinigungen.
- Ständiger Ausschuss zur Förderung der Arbeiterinteressen.
- Gesellschaft für soziale Reform.
- Wirtsch. Geh. Rat Dr. Hülst.
- Vorsitzender des Zentralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen.

### Ernährung der Schulkinder.

In manchen Schulen ist die lobliche Einrichtung der Kinderspeisung eingeführt worden, um der Unterernährung nicht weniger Kinder zu begegnen. Das Resultat dieser Einrichtung wird von den Lehrern der betreffenden Schulen als ein günstiges bezeichnet. Das kann auch gar nicht anders sein. Hungerige Kinder — und es gehen manche ungelättigt, ja ohne jede Nahrung früh zur Schule — sind zur Aufnahme geistiger Kost nicht oder nur minder befähigt. Die „Unlust“ zum Lernen ist gewichen, wo die Kinder vor dem Unterricht Nahrung erhielten.

Dieser Erfolg ist für die Schüler befruchtend. Nicht weniger für die Kinder, für die aus ihm die verschiedensten Vorteile blühen. Selbst der armer Familie ist es eine doppelte Erleichterung, wenn derart für arme Kinder gesorgt wird. Nicht nur die materielle Unterstützung kommt ihr zugute, es ist auch die seelische Befriedigung nicht zu unterschätzen, die hauptsächlich die Mütter empfinden, wenn sie, die unverschuldet ihre Kinder ohne Nahrung zur

Schule gehen lassen müssen, wenigstens für die Schulzeit vor Hunger geschützt wissen. Es kann darum die Einrichtung der Kinderspeisung nicht genug empfohlen werden.

Freilich, andererseits trägt diese Einrichtung eine Last gegen die wirtschaftlichen Zustände in der bürgerlichen Gesellschaft in sich. Bei der Befragung der Kinder über die Ursache der Not stellt sich meistens heraus, daß trotz aller Arbeitsamkeit und hausälterlichen Umficht der Eltern das Einkommen nicht ausreicht zur angemessenen Ernährung der Familie. Dazu kommen mancherlei andere Erschwernisse, als: zahlreiche Familie, vorübergehende Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. Aber für solche Fälle müßte eben durch bessere Löhne vorgebeugt werden resp. durch genügende Versicherung für bestimmte Fälle.

Steht nun fest, daß die Unterernährung eine nicht abzuleugnende Tatsache ist, der durch die Kinderspeisung nur teilweise entgegengetreten wird, so sollte man es unterlassen, die Zustände zu beschönigen, und eine Bekämpfung der Unterernährung nicht nur durch die Kinderspeisung versuchen, vielmehr auch die Bestrebungen der Arbeiter nach höherem Arbeitslohn unterstützen. Wie das letztere geschehen könnte, soll in diesem knappen Rahmen nicht dargestellt werden, nur sollten die, denen die Unterernährung der Schulkinder Sorge macht, weiter blicken und die Arbeiterbestrebungen kräftig und tätig unterstützen.

Wir lesen da eine Betrachtung über die „Kriegsernährung der Kinder“ in dem offiziellen Nachrichtendienst, die sich mit den Untersuchungen einiger Ernährungsstatistiker befaßt. Es muß zugegeben werden, daß die Ernährungsmengen sich gemindert haben. In größeren Städten mit über 25 000 Einwohnern des Potsdamer Bezirks sei der Fleisch- und Fettgenuß bei 30, der Milchgenuß bei 34 vom Hundert der betragten Kinder zurückgegangen. Auf dem Lande war der Fett- und Milchmangel etwas geringer. Von einer Beeinträchtigung der Gesundheit und der Kraft der Kinder könne also höchstens in Ausnahmefällen die Rede sein. Dem fügt der Statistiker hinzu: „Durch die Beschränkung scheint indes und das ist das allein Wichtige, die Grenze der physiologisch für Gesundheit und Wachstum notwendigen Ernährung allgemein nicht unterschritten zu sein.“

Das ist eine ebenso lächerliche doppelstimmige Schlussfolgerung. „Allgemein“ mag die notwendige Ernährung nicht unterschritten sein; aber vergißt man denn, daß neben dieser Feststellung, die sich nur auf die Kriegszeit bezieht, auch vorher schon der Mangel bestand, aber den der während der Kriegszeit festgestellt nur hinausgeschoben. Die vorher bestehende Unterernährung ist während der Kriegszeit eben noch vermehrt worden.

Man stimmt mir völlig der Forderung des Offiziers zu, daß wir unter allen Umständen und um jeden Preis dafür sorgen müssen, daß „während der ferneren Kriegsdauer die Gesundheit und die körperliche Entwicklung unserer Jugend keine Schädigung erfährt“; es will uns aber bedünken, daß diese Fürsorge sich bis über die Kriegsdauer hinaus erstrecken muß, zumal die wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege sich wohl für die Arbeiter nicht so glänzend gestalten werden, daß sie einen sorglosen Lebensunterhalt führen können.

Nein, die kapitalistischen Zustände sorgen schon dafür, daß der Arbeiter stets mit dürftigem Einkommen rechnen muß.

Das scheint dem Offizier auch aufzubämmern, wenn er schreibt, „vielleicht — wahrscheinlich sogar — wird aber die Erhaltung des Ernährungsgleichgewichts der Schulkinder in Zukunft mehr positive Arbeit erfordern als bisher“, aber dann genügt es auch nicht, was er empfiehlt, nämlich, daß „diese Arbeit geleistet werden muß, daß sie in erster Linie Sache der Schulen ist“.

Das „Ernährungsgleichgewicht der Schulkinder“ kann durch die Kinderspeisung allein nicht erreicht werden, dazu gehört in erster Linie die Ernährung im Hause, in der Familie. Hier die Möglichkeit einer physiologisch genügenden Ernährung zu schaffen, ist die erste und wichtigste Aufgabe. Die Kinderspeisung ist nur ein Hilfsmittel neben dieser Aufgabe, der die Gewerkschaften ihre ganze Kraft zuwenden. Hier heißt! Sie müssen vor allem unterstützen werden, die den Ernst der Frage der menschenwürdigen Ernährung der Kinder ganz erfasst haben.

Stolz ruft zum Schluß unter Kinderfreund: „Eine auch nur einigermassen häufige Unterernährung unserer Schulkinder als Kriegsernährung darf es nicht geben und wird es nicht geben.“ Was versteht der Herr wohl unter „einigermassen häufig“?

### Rundgebung zur Tabaksteuererhöhung

Hainstadt a. M.: Sonntag, den 16. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Schloss zum Engel. Referent: Jean Ott.

Lübbecke: Sonntag, den 16. April, nachmittags 4 Uhr. Referent: Liebermann-Bremen.

Dierholz-Scharmbeck: Sonntag, den 16. April, nachmittags 4 Uhr, in der Zentrallhalle. Referent: Mendorf-Bremen.

### Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband. Karl Weichmann, Vorsitzender, Bremen, Fontenstraße 68/60, II. (Gewerkschaftshaus). Zimmer: 32. — Telefonnummer: 6046. Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags. Für den Verband bestimmte Bucherliteratur und den des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Fontenstraße 68/60, II. (Gewerkschaftshaus). Zimmer: 32, zu beziehen: Geld, Briefe und Belegblätter nur an D. Richter, Bremen, Fontenstraße 68/60, II. (Gewerkschaftshaus).

Zimmer Nr. 32. — Bankkonto bei der Bankabteilung der Groß-  
 einlaß-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg,  
 Postfach Nr. 5349 beim Postamt in Hamburg.  
 Für die Expedition bestimmte Aufschriften sind an Johs. Krohn,  
 Bremen, Hauptstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32,  
 zu adressieren.  
 Für die Redaktion bestimmte Aufschriften sind an Oskar  
 Krieger, Bremen, Hauptstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus),  
 Zimmer 32, zu adressieren.  
 Für den Auslieferung bestimmte Aufschriften sind an E. Schöne,  
 Hamburg, Reichenbergstr. 57 III, Zimmer 45 und 46 (Gewerkschafts-  
 haus) zu adressieren.

**Bekanntmachungen.**

Als verloren gemeldet Dresden, das Mitgliedebuch S. II  
 68 696 lautend auf Frieda Wilscher aus Hamm, geb. 25. 3. 91,  
 eingetrag. am 30. 5. 15. Nr. 3 (S. 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen (B. = Verbands-  
 gelder, S. = Zurückgestellt):  
 31. März: Wernigerode R. 70.— Dresden R. 309.—  
 1. April: Seifgenstadt R. 40.— Girsichberg R. 50.— Dietesheim  
 R. 40.— Wiesbaden R. 35.50. Mieserleben R. 25.— 2. Pegau  
 R. 40.— Magdeburg R. 600.— Freisch. R. 120.— 3. Mettern  
 R. 40.— Cappel R. 25.— Cöthen R. 85.35. Jollen R. 20.— Mo-  
 ringen R. 20.— Freiberg i. S. R. 500.— Offenburg R. 50.—  
 Kroschauer R. 40.— Altenburg R. 250.— Goslar R. 50.—  
 4. Lauenburg R. 30.— Berlin R. 600.— Calbe R. 7.80. Gießen  
 R. 150.— Treßin R. 130.— Klein-Müheim R. 99.01. 5. Rends-  
 burg R. 100.— Ritterslautern R. 60.— Sainstadt R. 92.94. Neu-  
 markt R. 40.— Waldheim R. 200.— Neudamm R. 10.— 6. Wald-  
 hofen R. 42.06. Frechen R. 25.— Dähme R. 500.— Gelsbern  
 R. 60.—

Die Bevollmächtigten werden ersucht, alle überflüssigen Gelder  
 umgehend einzulösen.  
 Bremen, den 10. April 1916. B. Nieder-Belland.

**Adressen-Veränderungen.**  
 Neumarkt i. Schl. (11): Alle Aufschriften sind an den 1. Bev. Otto  
 Petrovich, Postfachstr. 18, zu senden.

Mainz (H): 1. Bev. Peter Kiering, Postfachstr. 5, II., 2. Bev.  
 Aug. Stabenitz, Brühlstr. 11, Mainz, Poststr. 33.  
 Abrechnungen vom 1. Januar 1916 gingen bis 11. April ein:  
 1. Gau, Hamburg: Bremen, Rendsburg, Lübeck, Heide,  
 Poitzburg, Burgdam, Barm, Nellingen; 2. Gau, Hannover:  
 Buxtehude, Magdeburg, Salze, S. Cöthen, Verburg, Wernigerode,  
 Magdeburg, Braunschweig, Selmslohhausen, Babenden, Wanders-  
 heim, Seelen, Telle; 3. Gau, Nordhausen: Linstadt, Mherleben,  
 Heßlich, Lichtau, Mülden, Waldappel, Großtreitenhof, Wiken-  
 launen, Neuland a. R., Oberode, Herzberg; 4. Gau, Gera: Süd-  
 lemmer, Bratz, Derlinghausen, Schölar, Dortmund, Spradow,  
 Nüchen, Löffelhof, Sulzhausen, Blöth, Hameln, Minden; 5. Gau,  
 Frankfurt a. M.: Al.-Müheim, Kroschhausen, Wiesbaden, Hainstadt,  
 Gr.-Müheim, Würzburg, Viehen, Danau, Mainz; 6. Gau, Selbberg:

**Gestorben:**  
 Gestorben am 28. März 1916 in Frankreich der Zigarren-  
 sortierer **Felix Schmann** aus Altona, 29 Jahre alt (Zahl-  
 stelle Hamburg-Altona).  
 Am 28. März starb zu Geringswalbe **Martha Koch**  
 aus Böhmen, 35 Jahre alt.  
 Am 30. März starb zu Dresden der Zigarrenarbeiter  
**Alexander Lehmann** aus Schönlanke, 48 Jahre alt.  
 Am 2. April starb zu Spremberg der Zigarrenarbeiter  
**Adolf Klein** aus Finsterwalde, 56 Jahre alt.  
 Am 3. April starb zu Hirschberg **Anna Parle** aus  
 Rebersdorf, 49 Jahre alt.  
 Am 4. April starb zu Altona die Buchhalterin **Pauline**  
**Reyding** aus Kopenhagen, 61 Jahre alt.  
 Am 4. April starb zu Brazei 2. Frau **Pauline Wilms**  
 aus Brazei.  
 Am 5. April starb zu Hilbesheim **Ferdinand Göttsche**  
 aus Hilbesheim, 60 Jahre alt.  
 Am 7. April starb zu Waldheim der Zigarrenarbeiter  
**Oskar Schilling** aus Rodlitz, 63 Jahre alt.  
 Ehre ihrem Andenken!

König, Mühlheim, Plungstadt, Neuland, Tetmen, Speyer, Ebens-  
 loben, Ritterslautern; 7. Gau, Offenburg: Gengenbach; 8. Gau,  
 Karlsruhe: Bruch 6. Teil; 9. Gau, Erfurt: Salungen, Halle a. S.,  
 Eisenach; 10. Gau, Dresden: Mühlberg a. E., Eilenberg, Bischofs-  
 werda, Partha, Neugersdorf, Johanngeorgenstadt, Leisnig, Dresden,  
 Waldheim, Deuben, Zwickau; 11. Gau, Breslau: Neumarkt i. Schl.,  
 Schweidnitz, Frankenstein i. Schl., Breslau; 12. Gau, Berlin:  
 Treßin, Müncheberg, Forst.

**Arbeitsmarkt.**  
**Offene Stellen.**  
 Tüchtiger **Penalarbeiter** zu Probearbeiten bei hohem Lohn  
 nach Berlin. Nachfragen: Gau-Arbeitsnachweis, Wilhelm Voer-  
 ner, Berlin E. 54, Drägerstr. 6 a.  
 Ein **Sortierer** oder **Sortiererin** nach Byrmond. Einige Zi-  
 garenarbeiter gegen hohen Lohn bei voller Kost für 7 M. pro Woche.  
 Nachfragen: Gau-Arbeitsnachweis, Wilhelm Schläder, Verford  
 in Hoff, Eimerstr. 59 II.



**Eckstein**  
**Zigaretten.**  
 Einzig in Qualität  
**Trusffrei**  
 & M. ECKSTEIN & SÜHNE, DRESDEN

**Rippen** gesund u. trocken, zahlen für rein amerikanische 83, gemischte 81,  
 deutsche 79 M. franko Berlin. Kassa nach Empfang oder per Nach-  
 nahme. Auf Wunsch geben auch Uckermärker oder Javaeinlage für den Betrag.  
**L. Cohn & Co., Berlin N., Brunnenstr. 24**  
 Größtes Wickelformenlager Deutschlands. Großes Rohtabak-Lager. Deutsche und über-  
 seeische Tabake. Liste 209 mit Nachtrag für gebrauchte Formen senden kostenlos.

Wir kaufen jeden Posten  
**Rippen**  
 und erbitten Angebote unter Preisangabe.  
**Tabakarbeiter-Genossenschaft**  
 o. G. m. b. H.  
 Burgsteinfurt i. W.  
 Jede einen Zigarrenmacher, welcher mit der Fabrikation  
 durch und durch vertraut ist, als Meister. Beim Militär  
 befähigt, garnisonfähig oder arbeitsverwendungsfähig  
 kann reklamiert werden. Offerten unter Rs. 8970 beförd.  
**Rudolf Roffe, Essen.**

**Carl Roland**  
 Berlin SO 26  
 Kottbuserstrasse 4.  
 Sumatra-Decks pr. Pfd. 3.80, 4.—, 4.50, 5.50 M.  
 Mexiko-Decks pr. Pfd. 5.— M.  
 Havana ..... pr. Pfd. 5.— M.  
 Brasil ..... pr. Pfd. 2.90 M.  
 Java-Einlage... pr. Pfd. 2.50 M.  
 Java-Einlage mit Umblatt  
 pr. Pfd. 2.60 u. 2.80 M.  
 Java-Umblatt... pr. Pfd. 3.20 M.  
 Vorstenlanden-Spada  
 pr. Pfd. 3.60 M.  
 Feiner überseeischer Tabak  
 pr. Pfd. 1.70 M.

**Anfang Rohtabak!**  
**Hengfloss & Maak**  
 Altona - Ottensen  
 Filiale: Berlin N.,  
 Brunnenstrasse 25.  
**Rohtabakhandlung**  
 kauft bei Aufgabe der Fabri-  
 kation u. Tabake und Men-  
 silien gegen sofortige Kasse.  
 Off. mit Preisangabe unter  
 Chiffre N. 100. Exp. h. Bl.

Bewährte Bezugsquelle aller  
 zur **Zigarrenfabrikation** ge-  
 eigneten **Rohtabake** zu gün-  
 stigsten Marktpreisen. Jeder-  
 zeit werden **Rippen** gegen so-  
 fortige Kasse zum Tagespreise  
 abgenommen.  
**Leon Weil, Speyer.**  
**Hugo Müller, Rohtabak**  
 Bremen, Hornstraße 38.  
 Brasil-Decker, 3.20 u. 4.— M.  
 Sumatra-Decker 4.50 u. 7.50 M.  
 Vorstenland-Decker 4.— 6.— M.  
 Java-Umblatt 2.80 u. 3.— M.  
 geschn. Einlage 1.90 u. 2.— M.  
 Vesgut 2.10 M., Sumatra-Um-  
 blatt 3.60 M., Maturin-Einlage  
 2.25 u. 2.50 M., per 1/2 kg.  
 Kaufe jeden Posten. Rippen gegen  
 Kasse. Versand unter Nachnahme.

**Drucksachen**  
 aller Art, in moderner  
 Ausführung für Private  
 u. Vereine liefert billigst  
**J.H. Schmalfeldt & Co.**  
 Bremen Geeren 6/8  
 Zu ber am 19. April Rattfin-  
 denden **Albernen Hochzeit** des  
 Kollegen **G. Hunte** nebst Frau  
 die herzlichsten Glückwünsche.  
**Die Kollegen der Firma H. Kersken,**  
 B. R., J. R., L. R., R. G.  
**Briefkasten.**  
 Erich 70 4.

In der Einschreibung  
 vom 31. März d. J. kaufte ich direkt die  
 folgenden geschlossenen Partien:  
**163 Packen D/Djiwo: Vorstenlanden-Deck**  
**124 „ Barve Loem: Java-Aufarbeiter**  
**50 „ Bades: Java-Aufarbeiter**  
**30 „ KGS: Banjoemas-Aufarbeiter**  
**367 Packen zusammen**

Ich kaufte in den Einschreibungen des  
 Jahres 1916 bisher nur direkt in Partien  
 (außer sehr bedeutenden andern Käufen)  
**4940 Packen und zwar:**  
**1099 Packen am 14. Januar 1916**  
**1370 „ „ 4. Februar 1916**  
**1398 „ „ 18. Februar 1916**  
**706 „ „ 4. bis 11. März 1916**  
**367 „ „ 31. März 1916**  
**4940 Packen**

**Fordern Sie bei Bedarf stets meine Angebote ein!**

**Heinrich Franck, Berlin N 54**  
 Utensilien für Zigarrenfabriken  
 Brunnenstrasse 22